

die tageszeitung



INTERVIEW

Die gehörlose Abgeordnete Helene Jarmer > SONNTAG SEITE 20



thema

BERUF & QUALIFIKATION
3 Seiten: Knast, Lehrer, Aufwind

Heute mit der sonntaz



JOCHEN DISTELMEYER

„Es liegt etwas in der Luft“

> SONNTAG SEITE 29



HEUTE IN DER TAZ

NOLTE Weniger Staat, mehr Demokratie: Der Historiker Paul Nolte über die Zukunft der Bürgergesellschaft > SEITE 3

BERLIN Parlament fordert Entschädigung für S-Bahn-Kunden. Doch die Bahn stellt sich stur > SEITE 42

ATOMPOLITIK Grünen-Politikerin wirft der Bundesregierung vor, die Herkunft des Urans für deutsche AKWs zu verschleiern > SEITE 8

REISEN Tourismus im kriegsversehrten Irak – geht das wieder? Die Regierung hat jetzt eine Imagekampagne gestartet > SEITE 38

Fotos oben: Picture-Alliance/dpa, ap

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren,

Aktivisten zur Bundestagswahl: Lesen Sie nun einen Wahlverspot von Kox aus dem Internet. Für den Inhalt der Spots sind allein die Aktivisten verantwortlich: Im Endeffekt ist es egal, was das Volk meint. Die Politik so: Hartz 4, und alle so: Yeahh! Die Politik so: Afghanistaninsatz, und alle so: Yeahh! Die Politik so: Bankenrettung, und alle so: Yeahh! Die Politik so: Krankenkassenbeiträge erhöhen, und alle so: Yeahh! Die Politik so: Lissabon-Vertrag, und alle so: Yeahh! Uns hat auch keiner zugehört, als wir versucht haben, auf den Unflug mit dem Zugangserschwerungsgesetz hinzuweisen. Alle, die sich mit der Materie auskennen, so: Das bringt nix, und die Politik so: Yeahh!

und die Politik so: Yeahh!

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 8.841 Genossinnen, die in die Pressefreiheit investieren. Infos unter geno@taz.de oder tel. 030-25 90 22 13. **Aboservice:** tel. 030-25 90 25 90 fax 030-25 90 26 80 abomail@taz.de **Anzeigen:** tel. 030-25 90 22 38/-90 fax 030-251 06 94 anzeigen@taz.de **Kleinanzeigen:** tel. 030-25 90 22 22 **Redaktion:** tel. 030-259 02-0 fax 030-251 51 30, briefe@taz.de **taz, die tageszeitung** Postfach 610229, 10923 Berlin **taz im Internet:** www.taz.de



4 190254 802300

Muss das sein?

EXTRA-SEITEN ZUR BUNDESTAGSWAHL

Was von einer schwarz-gelben Regierung zu erwarten wäre > SEITE 2

Von wegen langweilig: Die Wahlkampf Bilanz von Philip Manow mit Bildern aus der Sammlung von Peter Piller > SEITE 4,5

Taktisch wählen oder nach Gefühl: Zehn Antworten auf die Sonntagsfrage > SEITE 18

Linkspartei im Faktencheck > SEITE 22

„Unerhört“: Was sich Bürger wünschen > SEITE 23

Meinungen zur Wahl > SEITE 10, 11, 18, 19, 33



Foto: Andreas Reutz/Getty Images

G20 kündigen Regeln für Manager an

FINANZGIPFEL Begrenzung der Boni in Aussicht gestellt. G20 lösen G8 ab

PITTSBURGH dpa/taz | Beim Weltfinanzgipfel der 20 führenden Industriestaaten und Schwellenländer zeichneten sich am Freitagmittag erste Ergebnisse ab. Die Regierungschefs würden sich grundsätzlich auf eine Begrenzung der Boni für Bankmanager einigen, hieß es aus Regierungskreisen. Demnach sollte am Abend beschlossen werden, dass jedes Land bis Ende des Jahres eigene Regeln für die Entlohnung der Banker aufstellen soll, deren Einhaltung anschließend von einem internationalen Gremium überwacht wird. Laut dem Entwurf für das Schlussdokument sollen auch strengere Eigenkapitalvorschriften für Banken formuliert und bis Ende 2012 eingeführt werden. Die Institute müssten dann, abhängig von Größe und Risiken, mehr eigenes Geld vorhalten. Die Regierungschefs verständigten sich zudem darauf, dass die G20 die G8 als maßgebliches Gremium für globale Wirtschaftsfragen ablösen sollen. > Wirtschaft + Umwelt SEITE 7 > Meinung + Diskussion SEITE 10

GEW: Mehr Geld für alle Lehrer

BERLIN ap | Kurz vor dem Auftakt der Tarifverhandlungen hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) für die rund 323.000 angestellten Lehrer an Schulen und Hochschulen eine einheitliche und deutlich bessere Bezahlung gefordert. Nur so könne dem drohenden Lehrermangel entgegengestellt werden, sagte GEW-Chef Ulrich Thöne am Freitag. Die GEW schließt auch Streiks nicht aus. > Inland SEITE 6

KOMMENTAR VON INES POHL

Sie haben die Wahl

Nein, es ist noch nichts ausgemacht. Weder dass es wieder eine große Koalition gibt noch dass es seit 1998 zum ersten Mal wieder für eine konservativ-liberale Regierung reicht.

Was wir aber wissen: Der Staat wird in den kommenden vier Jahren 320 Milliarden weniger Steuern einnehmen. Das ist die knallharte Realität, mit der jede künftige Regierung konfrontiert sein wird. Man kann sie weder wegmoderieren noch totnotieren noch wegträumen.

Entsprechend gilt: Der Handlungsspielraum der Regierung, die am morgigen Sonntag gewählt wird, wird aus genau diesem Grund massiv eingeschränkt sein. Grundsätzlich falsch aber ist es, zu

behaupten, es wäre deshalb egal, in welcher Konstellation die Parteien in den kommenden vier Jahren mit diesem Staatsdefizit umgehen werden.

Bundeskanzlerin Angela Merkel ist es gelungen, auch beim Thema Steuerpolitik so viel Nebel zu verbreiten, dass bei ihr kein wirklicher Kurs zu erkennen ist. Anders verhält es sich beim Juniorpartner einer konservativ-liberalen Regierung. Die FDP kann hier von ihrem Wahl-

kampfversprechen, Steuern zu senken, fast nicht mehr zurück.

Diese Wahl ist sehr wohl eine Richtungswahl, weil durch sie entschieden wird, welchen weiteren Weg unsere Gesellschaft einschlägt. Bei den explodierenden Staatsschulden ist eines ganz klar: Eine Steuersenkung kann nur zulasst den Sozialleistungen des Staates erfolgen. Die Transferleistungen werden dadurch unter noch größeren Druck geraten und ihre Kosten in die Versicherungsgemeinschaft verschoben. Im öffentlichen Dienst werden die Löhne nicht mehr angehoben, und der Staat wird versuchen, weitere seiner Aufgaben outzusourcen.

Zwar mag es theoretisch spannende und vielleicht sogar richtige Überlegungen geben, warum die SPD nur dann eine Chance hat, sich wieder zu berappeln, wenn sie in die Opposition geht. Demokratietheoretisch ist es auch bedenklich, wenn es viele Jahre hintereinander eine große Koalition gibt. Dadurch kann das demokratische Gleichgewicht aus dem Lot geraten, weil es eben keine wirkliche Opposition gibt. Das mag in der Theorie alles richtig sein. Praktisch aber ist klar: Mit Schwarz-Gelb wird die Unterschicht in Deutschland massiv wachsen, die Kluft zwischen Arm und Reich größer werden. Der Wahlkampf mag langweilig gewesen sein. Diese Wahl ist es nicht.

Mit Schwarz-Gelb wird die Kluft zwischen Arm und Reich deutlich größer